

derung, Wasserdurchlässigkeit, Radonexhalation/Ortsdosisleistung oder zu Erosionsschutz bezüglich Begrünung/Bepflanzung/Aufforstung gegeben waren, anzufangen? Das auf Grund dieser Betrachtungen gewählte minimierte Abdecksystem wird jedenfalls für alle Zeit keine sinnvolle Nutzung des „Sarkophags Lichtenberg“ zulassen. Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg hofft, daß das Thüringer Landesbergamt bei der Erstellung des Genehmigungsbescheides dieses negative Szenario nicht zulassen und den bisherigen Standard für derartige Abdeckungen beibehalten wird.

Was geschieht nun mit beräumten Betriebs- und Haldeaufstandsflächen im Umkreis des ehemaligen Tagebaus Lichtenberg? Das Areal der Bundesgartenschau bezieht ja nur einen Bruchteil des Gebietes in eine Schaffung „neuer Landschaft(en)“ mit ein.

Nach den Vorstellungen der Wismut GmbH und des Landesbergamtes werden sanierte Bergbauflächen erst nach Erreichen erforderlicher Umweltstandards aus dem Bergrecht entlassen, das heißt vermarktet oder den jeweiligen Kommunen übergeben/verkauft. Erste, nicht nur positive Erfahrungen liegen bereits vor. Demnach besteht zum Beispiel nach Darstellung des Sanierungsbetriebes keine Pflicht zur Rekultivierung, sondern nur zur Revitalisierung. Auch könnten nach Angaben der Gutachter durchaus Restkontaminationen auftreten (zum Beispiel Sickerwässer). Kommunen, die sich mit der Absicht einer Übernahme von Bergbauflächen tragen, sind gut beraten, mittels aufwendiger Vertragsabschlüsse sicherzustellen, daß Folgeschäden und künftige Kontaminationen aus sanierten Arealen nicht an den neuen Eigentümern im wahrsten Sinne des Wortes haften bleiben. Für die jeweiligen Gemeinden bzw.

Eigentümer könnte das sehr kostspielig werden. Das betrifft unter anderem schon die Oberflächengestaltung; bisherige kommunale Eigeninitiativen auf diesem Gebiet belegen bereits bezüglich der qualitativen Ausführung deutliche

Mängel. Eine gesunde Vorsicht ist auch bei geplanten Nutzungen solcher Flächen für Bebauungs- und Gewerbegebiete angebracht.

**Frank Lange**

Kirchlicher Umweltkreis  
Ronneburg ●

## Atomwirtschaft / Atompolitik

# Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben

## Neue Broschüre der Stasi-Beauftragten in Sachsen-Anhalt

**Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt hat jetzt eine neue Broschüre über die Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben herausgegeben. Die Broschüre entstand in Kooperation mit der Jugendgruppe Greenkids Magdeburg e.V., die sich seit mehr als zweieinhalb Jahren mit der Vergangenheit der Atomanlage befaßt. Falk Beyer, der Autor, und seine Gruppe haben Unterlagen aus diversen Archiven, von der Stasi und von Morsleben-kritischen Organisationen, gesichtet.**

In den 1960er Jahren war in der DDR klar geworden, dass ein Endlager für den anfallenden Atommüll aus dem seinerzeit in Betrieb genommenen Reaktor in Rheinsberg und die geplanten Reaktorblöcke in Greifswald/Lubmin sowie an verschiedenen anderen, letztlich nicht mehr realisierten Standorten, benötigt wird. Damals wurde nach einer Endlagerstätte für alle Sorten radioaktiver Abfälle gesucht. Die Entscheidung fiel 1969 für Morsleben, weil das dortige Salzbergwerk weitergenutzt werden konnte und ein

ausreichend großes Hohlraumvolumen bot. Obwohl für die Standortsuche auch Sicherheitskriterien eine Rolle spielten, wurden die schon damals bekannten Mängel in Kauf genommen.

Erste politische Komplikationen gab es bereits in der Bauphase, als der „Staatsauftrag Kernenergie“ durch schlampige Planungen und Umsetzung bei den Bauarbeiten gefährdet schien. Es lag ein enger Zeitplan vor, dessen Nichteinhaltung die Inbetriebnahme der Reaktoren in Lubmin in Frage stellen konnte. Die Staatsführung schaltete sich ein und übte politischen Druck auf die Verantwortlichen vor Ort aus. Regelmäßige Kontrollberatungen sollten die Weiterarbeiten absichern. Trotzdem konnte der Zeitplan nicht eingehalten werden.

Die ersten und einzigen größeren öffentlichen Auseinandersetzungen mit der Atomanlage gab es in der DDR in den 1980er Jahren, als Giftmüll im Schacht Marie eingelagert werden sollte. Es entstand eine Verunsicherung in der Region, die jedoch durch das Auftreten des Verantwortlichen für die VEB Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ und LokalpolitikerInnen niedergehalten wurde. Kritische Stimmen gab es zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik kaum.

Lediglich aus Magdeburg sind Kritikpapiere bekannt. AktivistInnen aus den damaligen Anti-Atom-Gruppen erzählen, dass die Geheimhaltung um das DDR-Endlager so hoch war, dass ihnen bis zur Vereinigung die Bedeutung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben - ERAM - gar nicht klar war.

1990 wuchs eine große Ost-West-Bewegung gegen das Atommüll-Lager. Eine BürgerInnen-Initiative wurde gegründet, es fanden unzählige Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt. Die bisher größte Demonstration gegen das Endlager gab es 1991, wenige Tage nachdem der damalige CDU-Bundesumweltminister dem öffentlichen Druck nachgeben und einen Einlagerungsstopp verhängen musste. In der Verantwortung der BRD fanden ab 1994 Einlagerungen statt, die bis 1998 einen wesentlich größeren Anteil am Inventar einnahmen als die DDR-Abfälle. Somit kann Morsleben nicht einfach nur als „Altlast“ bezeichnet werden, sondern wurde von der Bundesregierung wesentlich mitverantwortet.

Auch die Stasi interessierte sich für die Atomanlage. Zunächst besonders, um „Republikflucht“ – das unerlaubte Verlassen der DDR über die nahegelegene Grenze – zu verhindern. Später wurden Inoffizielle MitarbeiterInnen (IM) auch eingesetzt, um den Betrieb zu überwachen, die Stimmung zu dokumentieren und Aktivitäten „politisch-negativer Kräfte“ frühzeitig zu erkennen. Auch die Angst vor terroristischen Anschlägen und spektakulären Aktionen von Greenpeace begleitete den Einsatz von Stasi-Spitzeln in den Atomanlagen der DDR. Im Zusammenhang mit den Giftmüll-Einlagerungen wurde der IM-Einsatz noch einmal verstärkt. Hier bestand vor allem die Befürchtung, dass es zu Anschlägen auf Grenzeinrichtung unter Verwendung

der Giftmüll-Transporter kommen könnte.

Mittlerweile ist die Stilllegung des maroden Endlagers beschlossene Sache. Bereits vor mehreren Jahren verzichtete das Bundesamt für Strahlenschutz – Betreiberin der Anlage – auf weitere Einlagerungen. Das angestrebte Stilllegungskonzept sieht die Abdichtung der weiteren Einlagerungsbereiche und die Verfüllung des größten Teils des Bergwerks vor. Damit verbunden ist allerdings auch die Manifestierung der Nichrückholbarkeit und Unkontrollierbarkeit der in etwa 500 Metern Tiefe gelagerten Stoffe. Umweltschutzorganisationen im Morsleben-Netzwerk kritisieren dieses Vorgehen und verlangen neben klaren Informationen über das Stilllegungskonzept die Untersuchung weiterer Varianten der Stilllegung.

Die neue Broschüre legt ihre Schwerpunkte auf die DDR-Geschichte des Endlagers und auf den Widerstand der Wendezeit. Dabei werden gesellschaftliche und politische Umstände und ihre Bedeutung für den Umgang mit Sicherheitsfragen betrachtet. Ein umfangreicher Abschnitt beschreibt die Stasi-Aktivitäten im ERAM und den Einsatz sogenannter „Gamma-Kanonen“ zum Aufspüren von Flüchtlingen an der Grenzübergangsstelle Marienborn, wenige Kilometer vom Endlager entfernt. Auch die Giftmüll-Lagerung im Schacht Marie, der als Wetterschacht und Notausgang dienen soll, wird mit ihren besonderen Problemen in einem eigenen Beitrag behandelt.

**Falk Beyer**

Falk Beyer: Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben; herausgegeben von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Reihe „Sachbeiträge“, Teil 36, Magdeburg März 2004, 120 S. A5.

Die Broschüre kann kostenlos bei der Landesbeauftragten für die

Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Telefon 0391-5675051 und Email [info@landesbeauftragte.de](mailto:info@landesbeauftragte.de) bestellt werden. Online ist sie über die Menüpunkte Broschüren/Sachbeiträge auf der Website [www.landesbeauftragte.de](http://www.landesbeauftragte.de) einsehbar.

Über eine mit der Broschüre verbundene Wanderausstellung „Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts“ informiert die Internetseite [www.greenkids.de/morsleben](http://www.greenkids.de/morsleben). Aktueller Ausstellungsort ist bis zum 31. August 2005 das Landratsamt Stendal. Danach kann die aus bis zu 30 variabel zusammenstellbaren DIN A0-Tafeln bestehende Ausstellung wieder bei den Greenkids Magdeburg, Telefon 0391-7272657 bzw. E-Mail [morsleben@greenkids.de](mailto:morsleben@greenkids.de) gebucht werden. ●

**Buchmarkt**

## „Atomwaffen für Al Qaida“

Um die Atombomben und Al Qaida gab und gibt es viele Legenden, einige von ihnen wurden im UN-Sicherheitsrat instrumentalisiert, um Kriege zu rechtfertigen, die ganz andere Gründe hatten. Der Autor des Buches „Atomwaffen für Al Qaida – „Dr. No“ und das Netzwerk des Terrors“ (Aufbau-Verlag, 2005) behandelt das Thema mit dem Instrument der harten Recherche. Egmond R. Koch ist kein Unbekannter: 1978 schrieb er (gemeinsam mit Fritz Vahrenholt) das Buch „Seveso ist überall“, 2002 (gemeinsam mit M. Welch) das ebenso sensationelle Buch „Deckname Artischocke. Die geheimen Menschenversuche der CIA“; die Liste ist sehr unvollständig. Er setzte seine Rechercheergebnisse auch in etliche hervorragende Dokumentationen in ARD und ZDF um. Koch gehört zu der immer kleiner werdenden Klasse der investigativen Autoren. Seit 20 Jahren befaßt er sich mit dem hochbrisanten Thema der nuklearen Aufrüstung in der dritten Welt. Er gehört zu den ganz wenigen Journalisten, die

mit der Schlüsselfigur dieses Themas – dem pakistanischen Vater der Atombombe Abdul Qadeer Khan – persönlich Kontakt bekam. Sein zweiter wesentlicher Kronzeuge ist der frühere CIA-Spezialist Richard M. Barlow, der schon vor 20 Jahren nachdrücklich vor den gefährlichen Aktivitäten in Pakistan und ihrer Ausstrahlung auf andere Entwicklungsländer gewarnt hat. Khan machte Geschäfte mit Nordkorea und mit radikal-islamischen Staaten wie Libyen, Iran und Sudan, und er hatte auch Kontakte zu Al Qaida. Es ist atemberaubend, über wie lange Zeit Khan mit wie vielen Partnern in den problematischen Staaten – aber auch mit Wissenschaftlern, Technikern und Händlern mitten unter uns nahezu ungestört kooperieren konnte. Koch nennt Namen und Firmen, die man sich merken

sollte.

Wir empfehlen das Buch, das aufgrund hervorragend recherchierter Fakten vermittelt, wie gefährlich die Atomwaffen in Entwicklungsländern heute schon sind und wie groß die Gefahr der nuklearen Ansteckung ist – ohne auf die bekannte schwarz/weiß-Malerei zurückzugreifen. Kochs Analyse geht ins Detail, zeigt mit dem Finger nicht nur auf die Bösewichter, sondern läßt beim Leser die Ahnung reifen, daß wir nur sehr geringe Chancen haben, uns gegen atomare Angriffe wirksam abzusichern, solange wir nicht selbst aufhören, mit dem Atom zu spielen. S.P.

Egmond R. Koch: Atomwaffen für Al Qaida, „Dr. No“ und das Netzwerk des Terrors. Aufbau-Verlag, Berlin, 2005, 348 Seiten, 700 Quellenhinweise, 30 Abbildungen, ISBN 3-351-02588-2, EUR 19,90. ●

**Atompolitik / Strahlenschutz**

## BfS bietet „Leitlinien Strahlenschutz“ zur Diskussion an

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) möchte während der Zeit des Bundestagswahlkampfes die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stärker auf die gesundheitlichen Wirkungen von Strahlung richten. Die Strahlenschutzbehörde hat dazu in 18 Punkten sogenannte „Leitlinien Strahlenschutz“ erarbeitet, in denen die Grundlagen des Strahlenschutzes sowie zukünftige Herausforderungen dargelegt werden, heißt es in einer Pressemitteilung des BfS vom 16. Juni 2005. Bis zum 8. September 2005 sind die Leitlinien auf der Homepage des BfS [www.bfs.de](http://www.bfs.de) eingestellt.

Bevor diese Leitlinien „als Handlungsmaxime für die nationalen und internationalen Diskussionen im Strahlenschutz für die nächsten Jahre zu Grunde gelegt werden“,

sollen die darin vertretenen Ansichten und Konzepte öffentlich zur Diskussion gestellt werden, heißt es. Kommentare können bis zum 8. September an das BfS unter [leitlinien@bfs.de](mailto:leitlinien@bfs.de) gerichtet werden. Für den 5. Dezember 2005 ist danach ein Workshop in Berlin geplant. „Ihr Engagement ist uns Verpflichtung, Ihre Meinungen, Bedenken und Kritik zu berücksichtigen“, lautet der Schlußsatz der Pressemitteilung.

Neben den Grundlagen des Strahlenschutzes, Rechtfertigung, Dosisbegrenzung und Optimierung, wird auch auf Einzelfragen und spezielle Anwendungsgebiete eingegangen, wie Radon, Freigabe radioaktiver Stoffe, medizinischer Strahlenschutz, Einfluß von Dosis- und Dosisleistungs-Effektivitäts- und Ge-